

Eine gelungene Neuinterpretation der Geschichte der politischen Bildung

Tim Schanetzky (2025): Politik der politischen Bildung. Das Ringen um die Demokratisierung der Deutschen seit 1945

Göttingen: Wallstein-Verlag, ISBN 978-3-8353-5931-4, 252 Seiten, 26,00 Euro



Die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland wird nach dem Erscheinen dieses Buches in einer Reihe von Aspekten und Dimensionen anders und neu geschrieben werden müssen. Erstmals hat ein Historiker auf der Basis von intensiven Quellenstudien am Beispiel der politischen Gestaltung und Beeinflussung der Bundeszentrale für politische Bildung eine Sicht auf die Entwicklung der politischen

Bildung seit 1945 veröffentlicht, die differenziert, innovativ, urteilsstark, anschaulich und manchmal provokativ in die Politikgeschichte integriert ist. Der Autor Prof. Tim Schanetzky vom Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen hat mehrere Jahre an einem Projekt zur Politischen Bildung nach 1945 an der Universität Jena unter der Leitung von Prof. Norbert Frei mitgearbeitet.

Die bisherigen Untersuchungen zur Geschichte der Bundeszentrale stammen vornehmlich von Politikdidaktikerinnen und Politikdidaktikern. Benedikt Widmaier hatte bereits 1987 eine Studie zur Geschichte der staatlichen politischen Bildung publiziert und Gudrun Hentges, Professorin für die Didaktik politischer Bildung und Bildungspolitik an der Universität zu Köln, ist Autorin einer umfassenden Frühgeschichte der Zentrale für Heimatdienst (Staat und politische Bildung, 2013), die erst ab 1963 in Bundeszentrale für politische Bildung umbenannt worden ist. Auf beide ebenfalls stark akten- und literaturbasierte Werke kann sich Schanetzky neben seinen eigenen Quellenstudien gut stützen. Aber im Unterschied zu den bekannten Geschichten der politischen Bildung zum Beispiel von Walter Gagel (3. Auflage, Wiesbaden 2005) und Joachim Detjen (2. Auflage, München / Wien 2013), die primär die Historie der Konzeptionen politischer Bildung für den schulischen Unterricht theoretisch thematisieren, ist die Schrift von Schanetzky viel breiter in die Diskurs- und Sozialgeschichte der Demokratieentwicklung eingebettet, und dies eröffnet einen ganz besonderen Blick auf seinen Gegenstand. In der Einleitung erklärt der Autor,

seine Geschichte der Politik der politischen Bildung wolle die bundesdeutsche Selbstverständigung über die Frage, was unter Demokratie jeweils verstanden werden konnte und wie das Erreichte bewertet worden ist, behandeln. Er intendiere weder eine Institutionengeschichte noch eine Geschichte der Theorie und Praxis politischer Bildung; „Entsprechend braucht es auch keinen klar umrissenen Begriff von politischer Bildung“ (S. 13). Dieses sehr weite und offene Verständnis mag zunächst etwas merkwürdig erscheinen, erweist sich aber dann als besonders erkenntniserhellend, weil anschließend politische Bildung auf vielen Ebenen behandelt wird: neben Unterricht und Schule auch von Trägern der Erwachsenenbildung, der Hochschulen, von Parteien, wie Bürgerinitiativen und vielen weiteren Anbietern.

Eine revidierte Periodisierung

Schanetzky strukturiert seine Darstellung in fünf Phasen politischer Bildung. In einer ersten Vorbereitungsphase bis 1954, als die ersten Landeszentralen für politische Bildung gegründet worden sind, sei die Abgrenzung sowohl von der weltanschaulichen Schulung im NS-Staat als auch von der Re-Education der Besatzungsmächte leitend. Im Ringen um eine nachkriegsdeutsche politische Bildung durch den Staat stünden die Konzepte der Unabhängigkeit und der regierungsamtlichen Öffentlichkeitsarbeit in einem Spannungsverhältnis zueinander. Personell sei die staatlich organisierte politische Bildung von ihren „Graßwurzeln angebräunt“ (S. 40) gewesen. Daran schlosse sich bis 1969 eine zweite Phase an, die unter dem Zeichen der Professionalisierung stünde; unter anderem Zeitschriften, Vereinigungen und die akademische Fachdidaktik etablierten sich auf dem Felde politische Bildung. Eine antikommunistische Stoßrichtung dominierte und die Konfliktdidaktik sowie die Aktivierung bürgerlicher Mitwirkung liefen den politisch-gesellschaftlichen Veränderungen hinterher. Die 3. Phase bis etwa 1980 wäre durch Politisierung und Polarisierung gekennzeichnet. In der Bundeszentrale und ihrer Leitung wurde Parteienproporz bestimmend. Die politikdidaktische und pädagogische Konsenssuche in Beutelsbach mit dem Verbot von Indoktrination und dem Gebot der Kontroversität dringe nicht in der Bundeszentrale durch. In der 4. Phase von Stagnation und Dauerkrise bis 2014 markiere die nationale Einigung von 1989/90 keinen wirklichen Einschnitt. Trotz alternativer Orientierungen wie der konservativen Wende und der aufkommenen Projektförderung zivilgesellschaftlicher Initiativen habe sich ein Desinteresse der Politik an der politischen Bildung lähmend über die Aktivitäten gelegt. Es fehlte an einem demokratiepolitischen Krisenbewusstsein und die

inhaltliche Kontur der politischen Bildung sei unscharf geworden. In der seitdem andauernden 5. Phase rücke die Bekämpfung des aufkommenden Rechtsextremismus in den Vordergrund und führte zu einer beispiellosen Expansion der Etats staatlicher politischer Bildung bei der Bundeszentrale und dem Förderprogramm „Demokratie leben“.

Als phasenübergreifenden roten Faden in der Geschichte der Politik politischer Bildung in Deutschland sieht Schanetzky den permanenten Wechsel von übertriebenen Wirkungshoffnungen und jähen Praxisenttäuschungen (vgl. S. 206 f.). Sein Buch eröffnet viele neue Aspekte und andere Interpretationen als die bisherige Geschichtsschreibung der Politikdidaktiker auf die Entwicklung der politischen Bildung in Deutschland. Dies kann an einigen ausgewählten Beispielen illustriert werden. So entwickelt sich die Finanzausstattung der Bundeszentrale (siehe: Tim Schanetzky: Konjunkturen und Zäsuren. 70 Jahre Bundeszentrale für politische Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2022, S. 5) nicht kongruent zum Prozess der Professionalisierung politischer Bildung. Während ihrer institutionellen Etablierung als Schulfach in den Bundesländern und der Fachdidaktik an Hochschulen zwischen 1960 und Anfang der siebziger Jahre sinkt sogar der relative Anteil der Staatsausgaben für die Bundeszentrale. In dieser Zeit, wo konservative und reformorientierte Konzepte der Politikdidaktik miteinander um Einfluss stritten und viel Aufmerksamkeit erfuhren, sei die Bundeszentrale durch einen unflexiblen Proporz zwischen christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteirichtungen auf der Leistungsebene gehemmt gewesen.

Die Diskussion um die veränderte Institutionalisierung

Die Verantwortung für staatliche politische Bildung muss selbstverständlich im Regierungssystem konkret verankert werden. Während die Bundeszentrale in der Bundespolitik bislang immer an das Ministerium des Inneren angebunden war, variieren in den Bundesländern für die Landeszentralen verschiedene und wechselnde Ressortzuordnungen. Hier wie dort wurden auch immer wieder ganz andere Organisationsformen wie die einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, einer Verschiebung in die Zuständigkeit des Parlaments oder die Verlagerung an das Amt des jeweiligen Regierungschefs gedanklich ins Spiel gebracht. Die Sicherung der Unabhängigkeit staatlicher politischer Bildung von der Beeinflussung bestimmter Regierungsparteien bleibt aber faktisch ungelöst. Überhaupt ist die Bedeutung der massiven Eigeninteressen politischer Parteien an der politischen Bildung daran ablesbar, dass in den siebziger Jahren die haushaltsmäßigen Alimentierungen aller Parteistiftungen, die stark mit dem Auftrag politischer Bildung begründet werden, auf die doppelte Höhe des Etats für die Bundeszentrale angewachsen sind (vgl. S. 152).

Zum Schluss weist Schanetzky darauf hin, dass es neuerdings auch zivilgesellschaftliches Engagement unter der Parole wirklicher Demokratie von rechts gibt, deshalb müsse sich politische Bildung darauf einstellen, statt überzogene Erwartungen an Demokratie zu pflegen, ein realistisches Bild von repräsentativer Verfassung zu Grunde zu legen.

Von Schanetzky's solider zeitgeschichtlicher Analyse der Bundeszentrale für politische Bildung unterscheiden sich grundlegend die polemischen Attacken aus der rechtspopulistischen Szene in letzter Zeit gegen die staatlich verantwortete politische Bildung. So hatte bereits 2012 das berühmte Institut für Staatspolitik in Schnellroda eine Broschüre unter dem Titel „Vom Heimatdienst zur Politischen Propaganda“ zum 60-jährigen Bestehen der Bundeszentrale veröffentlicht (ohne Autor, 38 Seiten). In rechtskonservativer Grundtendenz wurde hierin „Nationalerziehung“ als „die eigentliche Kernaufgabe politischer Bildung“ (S. 4) postuliert. Die Bundeszentrale betreibe demgegenüber eine „Delegitimierung traditioneller Werte“ (ebenda). Die Erziehung zum verantwortungsbewussten Staatsbürger sei „nicht an die Staatsform der Demokratie gebunden“ (S. 33). Die Auseinandersetzung der Bundeszentrale mit dem Rechtsextremismus wurde als linksextremistisch, stalinistisch und maoistisch (vgl. S. 17–19 und S. 29) diffamiert. Damit war bereits vor der Gründung der AfD 2013 der Ton vom rechtsextremen Think Tank gesetzt.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Kampagne der AfD gegen staatliche politische Bildung zum Beispiel in Sachsen-Anhalt; dort hatte im Januar 2025 die AfD-Landtagsfraktion zwar vergeblich versucht, die Landeszentrale abzuschaffen und durch ein „Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität“, das vor allem der deutschen Brauchtumpflege dienen sollte, zu ersetzen. Zur Bundeszentrale legte der auch in rechten Medien aktive Würzburger Historiker Prof. Peter Hoeres in Cicero-online am 2.3.2025 nach und verleumdete sie als „linksgüne Vorfeldorganisation“. Ganz anders reagierte der Landtag in NRW; er regelt zur Sicherung von Unabhängigkeit durch ein Gesetz, das am 1.1.2026 in Kraft trat, die Lösung der Landeszentrale aus der Zuständigkeit eines Ressorts der Exekutive. Durch diese rechtliche Absicherung, die Einrichtung eines paritätisch besetzten Kuratoriums und die institutionelle Verankerung beim Parlament festigte er die Überparteilichkeit staatlicher politischer Bildung in unserem Bundesland, wie auch Schanetzky in einem Podiumsgespräch am 19.11.2025 in Essen herausstellte.

Hans-Joachim von Olberg, Münster